

Zehn Stimmen für einen aufgeklärten Islam

Mehr Streit, weniger Frömmigkeit: So will die »Initiative säkularer Islam« die Deutsche Islamkonferenz revolutionieren, die Ende November in Berlin tagt. Wir dokumentieren den Gründungstext

Wir, eine Gruppe von PublizistInnen, WissenschaftlerInnen und AktivistInnen der Zivilgesellschaft, nehmen die Eröffnung der vierten Deutschen Islamkonferenz (DIK) zum Anlass, eine »Initiative säkularer Islam« zu gründen, die einem Spektrum innerhalb des Islams Sichtbarkeit verleihen soll, das bislang wenig repräsentiert war.

Unsere Position zur DIK: Das neue Format der Deutschen Islamkonferenz begrüßen wir sehr. Die Zusammensetzung der Teilnehmenden ist weit gefächert und spiegelt die Heterogenität des Islams jetzt weitaus besser wider als in den vergangenen Jahren. Wir hoffen, dass die ins Stocken geratene Diskussion um einen Islam in Deutschland dadurch wieder aufgenommen werden kann.

Unser Selbstverständnis: Säkularität bedeutet für uns die Betonung der positiven Neutralität des Staates und die weitgehende Trennung von Religion und Politik. Wir verstehen MuslimInnen als BürgerInnen einer demokratischen Gesellschaft, die die Rechte und Pflichten aller anderen BürgerInnen teilen. Wir sprechen uns für eine Verbesserung der bürgerlichen Teilhabe von MuslimInnen (etwa durch Bildungsangebote), aber gegen Sonderrechte für MuslimInnen aus. Das im Grundgesetz garantierte Recht auf die Freiheit des Bekenntnisses und auf ungestörte Religionsausübung beinhaltet unserer Ansicht nach nicht das Recht, religiöse Normen im öffentlichen Raum durchzusetzen.

Unser Ziel: Wir lehnen ein totalitäres Religionsverständnis ab. Religiöse Texte müssen unserer Meinung nach mit modernen hermeneutischen Verfahren interpretiert werden,

um ein zeitgemäßes Islamverständnis zu begründen. Wir sind besorgt über eine zunehmende Muslimefeindlichkeit, gleichzeitig aber auch über einen zunehmenden Islamismus. Wir wollen uns nicht abfinden mit der wachsenden Macht eines demokratiefernen, politisierten Islams, der die Deutungshoheit über den gesamten Islam beansprucht. Die Muslime sind selbst in der Pflicht, den Bedenken der nichtmuslimischen Bevölkerung positiv entgegenzuwirken, nämlich durch die Entwicklung eines Islams, der mit den Menschenrechten vollumfänglich vereinbar ist. Dieser Islam muss der uneingeschränkten Gleichberechtigung von Frauen und Männern, den Rechten von Kindern und der sexuellen Selbstbestimmung des Individuums Rechnung tragen. Das ist unserer Ansicht nach der beste Schutz vor Islamfeindlichkeit.

Unser Verhältnis zur Mehrheitsgesellschaft: Eine Unterscheidung zwischen Gläubigen und Ungläubigen lehnen wir selbstverständlich ab. Ein zeitgemäßer »deutscher« Islam muss außerdem in jeder Hinsicht unabhängig von ausländischen Regierungen und Organisationen sein. Aus diesem Grund, aber auch aufgrund demokratischer Vorbehalte lehnen wir die Anerkennung der Islamverbände als Körperschaften des öffentlichen Rechts ab. Die in dieser Initiative zusammengeschlossenen Personen stehen für einen aufgeklärten, demokratischen Islam, der selbstkritisch und offen für Kritik von außen ist. Uns geht es weder um die Ausbildung islamischer Identitäten noch um die Einführung islamischer Regeln in Schule, am Arbeitsplatz oder an Universitäten.

Wir wollen einen Islam, der auf der Freiheit und dem Selbstbestimmungsrecht des Individuums basiert und ein gespanntes Verhältnis zur deutschen Gesellschaft fördert.

ERSTUNTERZEICHNER DER INITIATIVE



Ali Ertan Toprak, 49, Präsident der Bundesarbeitsgemeinschaft der ImmigrantInnenverbände und CDU-Mitglied, ist Sprecher der Initiative



Cem Özdemir, 52, war zehn Jahre lang Bundesvorsitzender der Grünen. Mit Volker Beck verfasste er das Positionspapier »Islam einbürgern«



Seyran Ateş, 55, ist Anwältin und Frauenrechtlerin. 2017 gründete sie eine liberale Moschee und schrieb das Buch »Selam, Frau Imamin«



Hamed Abdel-Samad, 46, Politologe, bezeichnet sich als Islamkritiker. Zuletzt erschien von ihm »Integration: Ein Protokoll des Scheiterns«



Lale Akgün, 65, ist Psychologin und saß für die SPD im Bundestag. Sie schrieb über MuslimInnen, die sich gegen Fundamentalismus wehren



Ralph Ghadban, 69, ist Politologe und Islamwissenschaftler. 2018 erschien von ihm »Arabische Clans – Die unterschätzte Gefahr«



Necla Kelek, 60, ist Soziologin und Frauenrechtlerin. Sie beriet deutsche Behörden zu türkischen Sitten, sieht Religion als Integrationshindernis



Bassam Tibi, 74, ist Politologe. Er war Professor für Internationale Beziehungen, schrieb »Islamische Zuwanderung und ihre Folgen«



Susanne Schröter, 61, leitet das Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam und ist im Vorstand des Deutschen Orient-Instituts



Ahmad Mansour, 42, ist Psychologe und Experte für Islamismus. Er hilft gefährdeten Jugendlichen, prägte den Begriff »Generation Allah«

»Keine Kopftücher, keine Kreuze, keine Kippas«

Der Psychologe Ahmad Mansour gehört zur neuen Islam-Initiative. Er wünscht sich Neutralität für alle Vertreter des Staates

Ahmad Mansour, 1976 als Sohn arabischer Israelis geboren, kam vor 15 Jahren nach Deutschland. Der Psychologe setzt sich seit Langem gegen Radikalisierung im Namen des Islams ein. Er berät Familien junger Salafisten, betreut muslimische Gefangene und gibt Integrations-Workshops. Sein neues Projekt zur Extremismusprävention heißt »Mind Prevention«. Soeben erschien von ihm im S. Fischer Verlag »Klartext zur Integration – Gegen falsche Toleranz und Panikmache«.

DIE ZEIT: Herr Mansour, Sie kommen aus Israel, einem Land, das so gespalten ist, dass Sie es dort nicht mehr ausgehalten haben. Wie geht es Ihnen gerade mit Deutschland?

Ahmad Mansour: Sehr schlecht. Ich habe das Gefühl, dass man sich hier zunehmend schwertut, Debatten um emotionale Themen sachlich zu führen. Seit 2015 mein Buch *Generation Allah* erschien, in dem ich erkläre, dass der Islam eine Mitverantwortung für die Entstehung von Terrorgruppen hat, lebe ich mit Personenschutz. Jetzt habe ich ein Buch über Integration geschrieben, von dem ich glaubte, es könnte breite Zustimmung finden. Aber ich werde seither noch viel massiver diffamiert, beleidigt und bedroht.

ZEIT: Von wem?
Mansour: Nicht nur von Islamisten, falls Sie das denken. Ich bekomme auch E-Mails aus dem linken Spektrum, in denen ich als »Nazi« geschmäht werde, weil ich gegen falsche Toleranz bin. Und die AfD beschimpft mich, weil ich sie für ihre Panikmache gegen Migranten kritisiere. Mir scheint eine faire Debatte über Integration in Deutschland momentan unmöglich. Alle politischen Lager weigern sich, die Komplexität der Probleme zu sehen: die Rechte, die Linke, die Islamisten sowieso. Genau diese Polarisierung kenne ich aus Israel.

ZEIT: Und was ist mit der Mitte? Bei welcher Partei finden Sie da am ehesten Zustimmung?

Mansour: Bei keiner. Ich sehe keine mutige Partei, die Integrationsversäumnisse sachlich anspricht. Das ist doch das Problem in Deutschland: Die Rän-

der prägen die Debatte, die Mitte schweigt. Sie ist offenbar überfordert damit, eine klare Sprache zu finden, die weder diskriminiert noch verharmlost.

ZEIT: Als Mitglied der »Initiative säkularer Islam« wollen Sie nun die Debatte aufmischen. Wie?

Mansour: Wir wollen der Heterogenität der Muslime hierzulande Ausdruck geben, also Alternativen schaffen zum konservativen und politischen Islam. Wir zeigen, dass es in Deutschland Muslime gibt, die ihre Religion säkular und im Einklang mit Demokratie und Menschenrechten verstehen.

ZEIT: Von 2012 bis 2014 waren Sie Teilnehmer der Islamkonferenz. Der Sprecher Ihrer Initiative, Ali Ertan Toprak, war von 2006 bis 2012 dabei, Seyran Ateş von 2006 bis 2009. Was haben Sie einzeln nicht geschafft, was nun gemeinsam gelingen soll?

Mansour: Konservative Vertreter des Islams beanspruchten bislang die alleinige Macht, ihre Religion zu repräsentieren. Ermächtigt fühlen sie sich leider durch die Unterstützung der Politik. Unsere Initiative will alternativer Ansprechpartner für jene Politik sein, die einen modernen, liberalen Islam will.

ZEIT: Nicht alle Mitglieder der »Initiative säkularer Islam« sind oder waren Muslime. Warum?
Mansour: Man muss kein Muslim sein, um mitreden zu können bei Problemen, die alle Bürger betreffen. Es geht um unser Zusammenleben.

ZEIT: Welche islamischen Verbände zählen Sie zu ihren potenziellen Verbündeten?

Mansour: Ich kenne keinen islamischen Verband in Deutschland, der Kritik am Islam übt. Oder am Patriarchat. Oder am Antisemitismus. Man hält zwar Sonntagsreden gegen Judenfeindlichkeit ...

ZEIT: ... Moment! Aiman Mazyek, der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime, organisiert Fahrten junger Muslime nach Auschwitz.

Mansour: Ja. Aber in den Moscheen, in der Theologie distanziert man sich nicht von jüdenfeindlichen Aussagen des Koran. Aiman Mazyek sagt, Antisemitismus sei eine Sünde. Aber das ist doch kein Argument. Antisemitismus ist deshalb inakzeptabel, weil er menschenverachtend ist!

ZEIT: Warum organisieren Sie und Ihre Mitstreiter für einen liberalen Islam sich erst jetzt?

Mansour: Weil die existierenden Verbände einen harten Kampf gegen den liberalen Islam führen. Kritische Muslime wie Mouhanad Khorchide oder Seyran Ateş werden ständig diffamiert. Und der Islam, der heute Europas Jugendkultur prägt, ist definitiv nicht liberal.

ZEIT: Das wäre ein Grund gewesen, sich viel eher zu organisieren.

Mansour: Ja, aber liberale Muslime wurden bislang weder vom Ausland unterstützt noch in nennenswerter Weise von der deutschen Politik. Von welchem Geld sollen wir Moscheen bauen? Aber Sie haben recht. Wir waren zu lange als Einzelkämpfer unterwegs. Jetzt müssen wir unsere Egos vergessen und uns einigen, nur dann können wir gerade den Jugendlichen ein Islamverständnis anbieten, mit

»Die Verbände führen einen Kampf gegen den liberalen Islam«

Ahmad Mansour

dem sie Teil dieser Gesellschaft werden. Und die AfD-Anhänger müssen endlich kapieren: Islam ist nicht nur Salafismus oder Ditiib.

ZEIT: Welche Panikmache gegen Migranten finden Sie besonders fatal?

Mansour: Wenn man alle Flüchtlinge, Migranten und Muslime als homogene Gruppe betrachtet, die gefährlich und nicht integrierbar ist, dann führt das zu Polarisierung, Wut und Gewalt.

ZEIT: Die Islamkonferenz findet nun unter der Ägide von Bundesinnenminister Seehofer statt. Was erhoffen Sie von der Regierung?

Mansour: Ich glaube, der Bundesregierung ist noch immer nicht klar, was Integration sein soll. In Gesprächen mit Staatssekretären hatte ich oft den Eindruck, Integration ist für sie Arbeit minus Kriminalität plus Sprache. Das reicht nicht. Wo bli-

ben die Werte unserer Gesellschaft? Viele Migranten entwickeln Ängste, wenn sie sich mit dem Pluralismus in Deutschland konfrontiert sehen. Diese Ängste müssen angesprochen werden. Sonst entsteht eine Distanz, die bis hin zur Abwertung der Mehrheitsgesellschaft führen kann.

ZEIT: In Ihrem neuen Buch erzählen Sie, wie Ihr Vater Sie zum ersten Mal in Deutschland besuchte. Beim Abschied am Flughafen habe er Sie weinend gewarnt vor den Deutschen. Warum?

Mansour: Das Leben hier widersprach seinem Wertesystem. Bis heute fällt mir das in Willkommensklassen auf: wie tief patriarchale Prägungen sitzen – im Umgang mit Sexualität, mit Partnerschaft, mit Erziehung. Viele Zuwanderer haben Angst, dass aus ihren Kindern in Deutschland ganz andere Menschen werden.

ZEIT: Gilt das wirklich so generell?
Mansour: Zuwanderer sind keine homogene Gruppe. Ich kenne Flüchtlinge, die sich gerade deshalb für Deutschland entschieden haben, weil sie nicht mehr in tradierten Strukturen leben wollten. Viele Frauen oder Schwule schätzen die Freiheit hier so sehr, dass sie dafür mit ihrer Familie gebrochen haben. Aber die Masse, vor allem Afghanen und Iraker, hängt ihrer Tradition an. Natürlich zählt auch der Unterschied zwischen Land und Stadt, das merke ich vor allem bei jungen Syrern.

ZEIT: Warum soll Tradition schlecht sein? Und was hat das mit dem Islam zu tun?

Mansour: Patriarchale Strukturen sind älter als der Islam, aber das Religionsverständnis, wie es heute in den meisten islamischen Ländern gelebt wird, bestätigt und legitimiert diese Strukturen.

ZEIT: Wenn man den Migranten eine freiheitliche Lebensweise aufnötigt, ist das noch Freiheit?

Mansour: Freiheit ist Bestandteil unserer Verfassung. Wenn wir zulassen, dass junge Menschen sie nicht achten, oder wenn Freiheit eingeschränkt wird im Namen der Religion und im Schutz der Religionsfreiheit, dann liegen wir falsch.

ZEIT: Warum dürfen Zuwanderer nicht auch Zeit haben, hier anzukommen?

Mansour: Wollen Sie zulassen, dass Kinderrechte oder Frauenrechte erst mal missachtet werden? Und für wie lange? Ich will das nicht, und das heißt: Der Staat muss die Zuwanderer besser als bisher begleiten, aber er muss auch klarmachen, wie das Leben hier läuft. Das ist kein weißer Kolonialismus, sondern es gilt die Verfassung dieses Landes. Für alle.

ZEIT: In Ihrem Buch erzählen Sie, viele Lehrer seien unsicher, weil sie die Rechte der Kinder schützen, aber nicht herrisch wirken wollen. Welche Tipps haben Sie?

Mansour: Unsere Debattenkultur muss sich mäandrieren. Und wir sollten nicht dauernd den Vorwurf der Religionsfeindlichkeit erheben. Wenn ein Grundschüler im Ramadan fast umkippt, weil er nichts gegessen und getrunken hat, handelt es sich um eine Gefährdung des Kindeswohls. Wer das annimmt, ist kein Islamfeind.

ZEIT: Sie plädieren für ein Neutralitätsgesetz. Ist das nicht doch etwas religionsfeindlich?

Mansour: Nein! Wir sind eine vielfältige Gesellschaft, und das ist gut so. Aber nicht jede Kritik an religiösen Symbolen stellt die Religionsfreiheit infrage. Ich wünsche mir Neutralität für Vertreter des Staates, also keine Kopftücher, keine Kreuze, keine Kippas für Lehrer.

ZEIT: Ist sich die »Initiative säkularer Islam« in dieser Frage einig? Und wenn nicht, wie werden Sie unterschiedliche Positionen vereinen?

Mansour: Es geht uns nicht um Einigkeit, sondern darum, dass man streiten, diskutieren, unterschiedliche Meinungen haben kann. Auch über den Islam! Was uns eint, ist die Säkularität, also eine Trennung von Staat und Religion, eine Orientierung an Grundgesetz und Menschenrechten. Nur die sind universell.

ZEIT: Worüber haben Sie in der Initiative im Vorfeld am meisten gestritten?

Mansour: Ach, das war so vieles, da weiß ich gar nicht, wo anfangen. Am Ende waren wir uns immer einig: Wir wollen Streit, der nicht entzweit.

Das Interview führte **Jochen Bittner**